



FREIHEIT SOLIDARITÄT MACHT

Europäischer
Kapitalismus
seit 1945

Laurent
Warlouzet

Laurent Warlouzet

FREIHEIT SOLIDARITÄT MACHT

Europäischer
Kapitalismus
seit 1945

Deutsch
von Daniel Fastner

Hamburger Edition

Vorwort

Dieses Buch ist aus über 20 Jahren Forschungsarbeit hervorgegangen. 2002 begann ich, Protektionismus, Industriepolitik, Kartelle und ihren Zusammenhang zu internationalen Spannungen und dem Sozialstaat zu untersuchen. Damals, zur Zeit des »Hochneoliberalismus«, waren diese Themen durchaus unbeliebt und galten sogar als leicht aufwieglerisch. Heute sind sie in dramatischer Weise aufs Tapet zurückgekehrt.

Nach meiner Dissertation in europäischer Geschichte machte ich einen Streifzug in die Globalgeschichte mit meinem Buch *Governing Europe* und als Mitgründer der ersten Zeitschrift zu Globalgeschichte, *Monde(s)*. Durch die Forschung zu globaler Geschichte wurde mir klar, dass die europäische Integration, die ich für ein regionales Phänomen gehalten hatte, aufgrund ihres Einflusses auf die Weltwirtschaft (und zunehmend auch auf die weltweite Politik) in Wirklichkeit von globaler Bedeutung war und dass es etwas Vergleichbares tatsächlich nicht gab. Folglich bedeutet die Betrachtung von »Europa als Provinz« nicht, dass ein Fokus auf Europa sinnlos wäre, sondern dass die Erfahrung des Kontinents eine Fallstudie liefert, die nicht nur für Europäer:innen, sondern für alle lehrreich sein kann.

Dieses Buch ist somit das Ergebnis von zwei Jahrzehnten Forschung. Es handelt sich um eine Übersetzung und Erweiterung der französischen Ursprungsfassung, die 2022 unter dem Titel *Europe contre Europe. Entre liberté, solidarité et puissance* bei CNRS Éditions erschienen ist. Parallel zur deutschen Fassung erscheint die englische 2026 unter dem Titel *Liberty, Solidarity and Community. Capitalism and European Integration, 1945 to the Present* bei Cambridge University Press. Das Manuskript wurde für die beiden Übersetzungen aktualisiert (um den Russisch-ukrainischen Krieg und die jüngsten Entwicklungen in der Umwelt- und Handelspolitik bis Februar 2025), erweitert (um Außen- und Verteidigungspolitik) und grundlegend überarbeitet. Während der französische Ausdruck *Europe puissance*

mit einer spezifischen Bedeutung belegt ist, wäre eine wörtliche Übersetzung ins Englische als »Europa as a power« verwirrend gewesen. Darum wurde für die dritte Kategorie neben Freiheit und Solidarität der Begriff der Gemeinschaft (*community*) gewählt, aber der Begriff »Macht« im Titel der deutschen Ausgabe beibehalten. »Gemeinschaft« ist das allgemeine Prinzip, das sich ähnlich wie »Freiheit« und »Solidarität« am besten zur Erfassung des Gesamtphänomens eignet, während »Macht« eher einen Aspekt erfasst, nämlich die auswärts gerichtete und aggressive Ausprägung des Prinzips, das gleichzeitig aber auch eine nach innen gerichtete defensive Dimension hat (wie Protektionismus und Industriepolitik), die durch den Begriff der »Macht« nicht abgedeckt wird.

Die deutsche Ausgabe enthält außerdem zusätzliche Untersuchungsbefunde aus deutschen Archivquellen. In der Druckfassung des Buchs wird nicht die vollständige Liste an Literatur und Quellen wiedergegeben, sie ist aber auf folgender Website verfügbar: <https://histeuropes.hypotheses.org/>.

Einleitung

»Ich finde toll, wie der Kapitalismus Platz für alles findet – selbst für seine Feinde« Banksy¹

Welche Art kapitalistischer Governance eignet sich am besten, um Frieden, Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz zu fördern? Antworten auf diese Frage haben sich immer wieder als trügerisch erwiesen. Der Neoliberalismus, der zu Beginn des Jahrhunderts noch weltweit als Maßstab galt, wurde mit dem Pariser Klimaabkommen 2015 durch eine sozialere und ökologischere Agenda abgelöst und diese wiederum zuletzt durch eine Rückkehr der Machtpolitik, wie sie US-Präsident Donald Trump verkörpert. Widersprüchliche Signale kommen auch aus der Europäischen Union, die gleichzeitig als neoliberales Ungetüm, als Vorreiterin des Klimaschutzes und als »Festung Europa« beschrieben werden konnte.

Um diese komplexe Sachlage zu durchdringen, sind meines Erachtens die drei Grundformen der kapitalistischen Governance neu in den Blick zu nehmen: Freiheit (Entfesselung des Marktes, um Wachstum zu generieren), Solidarität (Einhegung des Marktes zum Schutz der Schwachen und der Umwelt) und Gemeinschaft (Sicherung der eigenen Gruppe durch aggressive Machtausübung, Protektionismus und militärische Stärke).² Der Einfachheit halber spreche ich von Freiheitskapitalismus, Solidaritätskapitalismus und Gemeinschaftskapitalismus. Diese Trias verweist darauf, dass sich die Governance des Kapitalismus komplexer ausnimmt, als es die stereotype Dichotomie von marktfreundlichen Liberalen (Freiheitskapitalismus) und marktfeindlichen Egalitären (Solidaritätskapitalismus) weismachen will. Die dritte Ausrichtung, der Gemeinschaftskapitalismus, verdient, heute ebenfalls her-

1 Lauren Collins, »Banksy was Here«, in: *The New Yorker*, 7. Mai 2007.

2 Diese Trias wird weiter unten und noch einmal ausführlicher in Kapitel 1 erläutert.

vorgehoben zu werden. Am deutlichsten sichtbar ist sie an Präsident Donald Trumps Verbindung von radikalem Neoliberalismus (niedrige Sozial- und Umweltstandards, Angriffe auf Umverteilungsprogramme) und einem Protektionismus im Dienst einer ernationalistischen Agenda. Doch das ist nur das augenfälligste Beispiel für Gemeinschaftskapitalismus. Denn wie gezeigt werden soll, hat diese Form der kapitalistischen Governance immer zu einem gewissen Grade existiert. Die Verbindung der europäischen Integration mit Gemeinschaftskapitalismus ist auch als Schaffung eines »Europa als Macht« (oder auf Französisch »Europe puissance«) bezeichnet worden.

Wie Kompromisse zwischen Freiheits-, Solidaritäts- und Gemeinschaftskapitalismus zustande kommen, lässt sich gut an der Europäischen Union studieren, deren Mitgliedsstaaten sich in einem ständigen Aushandlungsprozess befinden. Mit Entstehung der EU hat sich eine grundlegend neue, teilföderale³ Mischform des Kapitalismus herausgebildet. Dieser Besonderheit kommt umso größere Bedeutung zu, als Nationalist:innen innerhalb wie außerhalb Europas – insbesondere Präsident Trump – die EU gerade deshalb angreifen, weil sie einen langjährigen Versuch der Vermittlung nicht nur zwischen verschiedenen Ländern, sondern auch zwischen den drei hier unterschiedenen Formen von Governance repräsentiert. Wenngleich die Europäische Union durchaus ihre Fehler hat und in Zukunft an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen könnte⁴, trägt ihre Untersuchung in jedem Fall zu einem besseren Verständnis bei, wie Kompromisse zwischen den verschiedenen Formen kapitalistischer Governance zustande kommen. Ich behaupte nicht, dass der Kapitalismus oder die europäische Integration ohne Makel wären, sondern dass eine Untersuchung ihrer Beziehung von außerordentlicher Bedeutung ist – und das nicht nur für Europäer:innen.⁵ Durch eine historische Untersuchung der supranationalen Dynamiken der kapitalistischen Governance in Europa lassen sich wertvolle

3 Dieses Buch konzentriert sich auf die (1992 gegründete) Europäische Union und die (1951 und 1957 gegründeten) europäischen Wirtschaftsgemeinschaften. Darüber hinaus gibt es auch Bezugnahmen auf andere europäische Foren, beginnend mit der 1948 geschaffenen Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC).

4 Jones, »Towards a Theory of Disintegration«; Gillingham, *The EU*; Rosamond, »Theorising the EU«; Rosamond, »Theorising the EU in Crisis«.

5 Die jüngere Literatur zur Geschichte der europäischen Integration vertritt relativ kritische Positionen. Als eines der einflussreichsten neueren Bücher in diesem Bereich ist Kiran Klaus Patels *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte* zu nennen. Euroskeptische Literatur und Studien zu Euroskepsis hatten besonders nach der Eurokrise einen Aufschwung: Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt*; Müller/von Hodenberg, »Introduction«.

Einsichten darüber gewinnen, wie ein weltweites kapitalistisches System reguliert werden könnte und welche Alternativen in der Vergangenheit nicht weiterverfolgt wurden.⁶ Wie das vorliegende Buch zeigt, ist die Europäische Union nie nur ein neoliberales Gebilde gewesen, sondern eine Mischform aus Freiheits-, Solidaritäts- und Gemeinschaftskapitalismus. Während die europäische Integration über lange Zeit einen Fokus auf Freiheitskapitalismus mit einigen solidaritätskapitalistischen Elementen hatte, muss sie sich heute den Herausforderungen der Rückkehr einer brutalen Machtpolitik stellen, wie sie Trump, Putin und Xi repräsentieren. Wird es der europäischen Integration gelingen, auf der Basis von Gemeinschaftskapitalismus ein »Europa als Macht« zu schaffen?

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit dem Wechselspiel zwischen Kapitalismus und europäischer Integration von 1945 bis 2025 und greift auf neue Archivforschung in acht europäischen Ländern sowie auf die Ergebnisse aus Forschungsfeldern zurück, die sonst selten miteinander in Dialog treten. Sie verbindet Literatur über die europäische Integration mit Kapitalismusforschung in einer längerfristigen Perspektive⁷ und kombiniert den auf Nationalstaaten zentrierten Ansatz der »Spielarten des Kapitalismus« mit einem globaleren Blick auf internationale politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte.⁸ Sie zeigt, wieso die Europäische Union letztendlich (und tatsächlich überraschenderweise) Bestand gehabt hat, und bettet die europäische Organisation im Zuge dessen auch in die umfassendere Geschichte internationaler Politik ein,⁹ in der die EU und ihre Vor-

6 Eine solche Behauptung ist unter Historiker:innen nicht ungewöhnlich. Um ein jüngeres Beispiel zu wählen: Emma Rothschild erklärt in der Einleitung ihres berühmten Buchs über sauren Regen: »Ohne historisches Wissen darüber, wie Gesellschaften mit Umweltverschmutzung umgegangen sind, ist es für uns kaum möglich, es besser zu machen [...]. Ein wichtiger Vorbehalt: [...] eine vergangene Periode kann niemals als perfektes Laboratorium zur Modellierung zukünftiger Entwicklungen dienen [...]. Trotzdem, bessere Optionen haben wir nicht.« Rothschild, *Poisonous Skies*, S. 5.

7 Die europäische Integration und Kapitalismusforschung sind – besonders mit Blick auf die späten 1940er und 1950er Jahre – bereits in drei wichtigen Monografien in Zusammenhang gesetzt worden, allerdings in etwas anderer Weise, als dies hier geschieht: Haas, *Uniting of Europe*; Milward, *The European Rescue*; zu den Jahren 1955 bis 1992, allerdings ohne Rückgriff auf Archivdokumente: Moravcsik, *The Choice for Europe*. Für weitere Details siehe den letzten Abschnitt dieser Einleitung.

8 Zu den Spielarten des Kapitalismus siehe unten sowie: Hall/Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism*. Zur internationalen politischen Ökonomie siehe unten sowie: O'Rourke, »Economic History«; Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*.

9 Zu europäischer Integration und internationalen Organisationen: Mechi/Migani/Petrini (Hg.), *Networks of Global Governance*; Giuliano, *After Empires*; Mourlon-Druol/Romero, *International Summitry*.

gängerorganisationen oft vernachlässigt werden.¹⁰ Sie verbindet Bereiche, die oft getrennt voneinander behandelt werden: von der Währungspolitik bis zum Sozialstaat, von Umweltfragen bis zur Militärpolitik.

Das vorliegende Buch stellt drei Behauptungen auf: Erstens gab es in allen Gesellschaften ein Streben nach Gleichgewicht zwischen Freiheits-, Solidaritäts- und Gemeinschaftskapitalismus. Zweitens bietet die Europäische Union einen idealen Untersuchungsgegenstand, um zu verstehen, wie in einem Staatswesen Kompromisse zwischen diesen drei Formen von Governance ausgehandelt werden. Drittens stellt die Auseinandersetzung mit dem Gemeinschaftskapitalismus nicht erst mit der heutigen Zunahme von Protektionismus und militärischen Spannungen eine der drängendsten Herausforderungen in Europa dar. Im Lichte dieser drei Überlegungen eröffnet sich auch eine neue Sicht auf die deutsche Geschichte. Die Bundesrepublik stellt sich als ein Land dar, das nicht nur durch eine eigene, vom Ordoliberalismus inspirierte Form von Freiheitskapitalismus geprägt ist, sondern auch – vor allem bei der betrieblichen Mitbestimmung und der Umweltpolitik – durch spezifische Formen von Solidaritätskapitalismus, ja sogar durch subtile Formen von Gemeinschaftskapitalismus, wenn man sich die industriepolitischen Praktiken vor Augen hält, die in Deutschland, wenn auch unter anderem Namen, eine lange Tradition haben. Gleichzeitig hat Deutschland immer jegliche Art von Gemeinschaftskapitalismus auf europäischer Ebene und jegliche Art von Transformation Europas in eine geopolitische Macht abgelehnt, auch wenn 2026 eine Änderung dieser Haltung zu erkennen ist. In der Vergangenheit haben verschiedenste deutsche Akteure versucht, das eigene nationale Modell auch auf europäischer Ebene zu fördern. Dabei waren ihre Bemühungen entgegen dem vorherrschenden Deutschlandbild als ordoliberalem Hegemon Europas allerdings nicht immer von Erfolg gekrönt.¹¹ Im Folgenden gehe ich genauer auf die drei Behauptungen ein, bevor ich auf die kubistische Perspektive dieses Buchs und seinen Beitrag zur vorliegenden Literatur zu sprechen komme.

10 Zu den einschlägigen Monografien in diesem Bereich, mit dem naheliegenden Fokus auf die Vereinten Nationen und die USA (und die Gegenreaktion auf die USA) gehören: Mazower, *Die Welt regieren* (die EU wird hauptsächlich auf den Seiten 410 bis 418 behandelt); Kott, *A World More Equal*. Siehe auch: Sluga/Clavin (Hg.), *Internationalisms*.

11 Diese Vorstellung von Deutschland als einem »Hegemon« ist in der Literatur breit diskutiert worden: Rödder, *Wer hat Angst vor Deutschland?*; Schild, »The Myth of German Hegemony«; Germann, *Unwitting Architect*; Dubois, *Die liberale Kraft Europas*; Comte/Guirao (Hg.), *Discussing Pax-Germanica*.

Die Trias des Kapitalismus: Freiheit, Solidarität und Gemeinschaft

Jürgen Kocka definiert Kapitalismus als ökonomisches System, das auf Dezentralisation (die Rolle des Markts bei der Regelung von Transaktionen), Kommodifizierung (Marktregeln und Profitmotiv als prägend für weite Bereiche der Gesellschaft) und Akkumulation (Konzentration und Perpetuierung des Kapitals) beruht.¹² Seit dem 19. Jahrhundert hat der Industriekapitalismus zu ungeheuren Umbrüchen, Wirtschaftswachstum und steigender Lebenserwartung geführt, aber auch Armut, Umweltzerstörung, internationale Schief lagen sowie neue Formen sozialer Herrschaft nach sich gezogen.¹³ Kolonialismus und unregulierter Kapitalismus haben Gewalt und Ungleichheit sowohl zwischen als auch innerhalb von Staaten befeuert. Der Industriekapitalismus hat zwischen Gemeinschaften, die zuvor mehr oder weniger isoliert voneinander existierten, starke gegenseitige Abhängigkeiten in Form gewaltiger Rohstoff-, Güter-, Kapital- und Menschenströme geschaffen.

Meiner Auffassung nach haben Gesellschaften zur Beherrschung dieser Spannungen stets nach dem richtigen Gleichgewicht zwischen den drei Ausrichtungen kapitalistischer Governance gestrebt: Freiheit, Solidarität und Gemeinschaft. Diese Ziele stellen dabei Idealtypen zur Beschreibung der Wirklichkeit dar.¹⁴ In jeder kapitalistischen Gesellschaft betonen Politiker:innen die Freiheit, wenn sie überzeugt sind, dass eine Entfesselung der Märkte zu Reichtum führt; die Solidarität, wenn sie den Schutz der Schwachen (der Armen, der Minderheiten, der Natur) priorisieren; und die Gemeinschaft, wenn sie die Macht der eigenen Gruppe groß schreiben. Kurz gesagt, steht die erste Richtung vor allem für freie Märkte, die zweite für Umverteilung und die dritte für Nationalismus und Protektionismus. Alle drei Elemente sind für das Gedeihen einer kapitalistischen Gesellschaft erforderlich, denn sie ist dafür auf Innovation (Freiheit), Fürsorge (Solidarität) sowie ein Einheits- und Zusammengehörigkeitsgefühl (Gemeinschaft) angewiesen. Anhand der drei Idealtypen können wir die Ziele von Akteuren besser verstehen – über das hinaus, was uns Diskurse und funktionale Kategorien lehren können: Weder sind Unternehmen ausschließlich Unter-

12 Kocka, *Capitalism and its Critics*, S. 72 f.; Kocka, *Geschichte des Kapitalismus*.

13 Jürgen Kocka spricht ebenfalls von »Industriekapitalismus«. Dieser begann in Großbritannien im 18. Jahrhundert und in anderen Ländern im 19. Jahrhundert. Siehe den einschlägigen Aufsatz von Thompson, »Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus«.

14 Zu Idealtypen und Max Weber siehe Kapitel 1.

stützer des Freiheitskapitalismus noch sind Gewerkschaften nur Vertreter des Gemeinschaftskapitalismus; beide stehen oft für durchaus variable Kombinationen aus allen drei Formen von Governance.

Mit dieser Trias wird die Vorstellung infrage gestellt, dass die Organisation des Kapitalismus auf einem binären Gegensatz zwischen freien Märkten und Umverteilung beruhe. Im Gegenteil besteht für viele Akteure das übergeordnete Ziel des Kapitalismus darin, die Macht ihrer eigenen Gemeinschaft (sei es eine Nation, religiöse oder ethnische Gruppe oder im Fall der EU die Bevölkerung eines Kontinents) zu stärken, ob dies nun über Wachstum durch freie Märkte (Freiheit) oder durch Schutz der Schwachen (Solidarität) erreicht wird. Was diese Akteure besonders hervorheben, sind Grenzen, Zugehörigkeitsgefühl, Sorgen um Sicherheit und Verteidigung der Gemeinschaftsidentität gegen äußere Bedrohungen. Gemeinschaftskapitalismus übersetzt sich in eine Wirtschaftspolitik, bei der es vorrangig um Protektionismus, Kartelle, hohe Militärausgaben, Einwanderungsbeschränkung und Vorteile für heimische Unternehmen geht. Unternehmer:innen haben manchmal ein unmittelbares Interesse an dieser Organisationsform des Kapitalismus, da sich Profite zumindest kurzfristig am besten dadurch steigern lassen, dass man sie mittels Staatsbeihilfen, hoher Einfuhrsteuern, Monopolen und Kartellen gegen die Konkurrenz abschirmt. Unternehmen bevorzugen meist Vereinbarungen, die den Wettbewerb abwürgen und so stabil hohe Preise garantieren. Während die einen Unternehmer:innen Reichtum durch offenen Wettbewerb akkumuliert haben, ist dies anderen durch enge Beziehungen und wechselseitige Abhängigkeit zu Familienmitgliedern, zur Diaspora oder zur eigenen Nation gelungen oder auch dadurch, dass sie von politischen Machthaber:innen geschützt wurden.

Die Idee eines »Europa als Macht« und des Gemeinschaftskapitalismus klingt auch in der aktuellen Debatte um die Rückkehr des Protektionismus an, bei der manchmal von »Geoökonomie«, »geopolitischer Wende«, »Weaponisierung des Kapitalismus«, »Deglobalisierung«, »Staatskunst«, Aufstieg der »Heimatökonomie« oder einem »Machiavellischen Moment« die Rede ist.¹⁵ Die Verwandlung Europas in eine echte geopolitische Macht, die weniger abhängig ist von den USA unter Präsident Trump, der die NATO

15 Danzman/Meunier, »EU's Goeconomic Turn«; Meunier/Nicolaïdis, »Geopolitization«; Babić/Dixon/Liu (Hg.), *Political Economy of Goeconomics*; Blackwell/Harris, *War by Other Means*; Drezner/Farrell/Newman (Hg.), *Uses and Abuses*. Zu Deglobalisierung: O'Rourke, »Economic History«; McNamara, »Transforming Europe?«; »Special Report«; Middelaar, »Brexit«. Zu »Staatskunst« siehe auch den Bericht von Mario Draghi, *Die Zukunft*, S. 7.

infrage stellt, erinnert an den Versuch Frankreichs in den 1960er Jahren, ein »europäisches Europa« aufzubauen. Im 18. Jahrhundert bezeichnete Adam Smith in *Der Reichtum der Nationen* diese Form des Kapitalismus, die auf dem Schutz nationaler Akteure basiert, als »Merkantilismus«. Später wurde zur Kennzeichnung der japanischen und chinesischen Wirtschaftspolitik Ende des 20. Jahrhunderts der Begriff des »Neomerkantilismus« geprägt.¹⁶ Der Begriff »Gemeinschaft«, wie er im vorliegenden Buch gebraucht wird, beschreibt das allgemeine Prinzip, das all diesen politischen Maßnahmen von Industriepolitik bis zur durchsetzungsstarken Außenpolitik gemein ist. Er setzt bei der Grundlage merkantilistischer Politik, also dem Schutz einer bestimmten Gruppe, an und ist damit auch für Ideen von Denker:innen wie Max Weber, Albert Hirschmann und Elinor Ostrom anschlussfähig, die sich dem Kapitalismus aus dem Blickwinkel des – wie ich es hier nennen möchte – Prinzips der Gemeinschaft genähert haben.

Die entscheidenden Charakteristika dessen, wie der Kapitalismus organisiert wird, lassen sich durch die Trias von Freiheit, Solidarität und Gemeinschaft fassen. Ein gutes Beispiel ist die Geldpolitik der USA (die Trias funktioniert sowohl bei europäischen als auch bei nichteuropäischen Formen des Kapitalismus). Nach dem Volcker-Schock von 1979 verfolgte das Land einen entschieden freiheitsorientierten Ansatz, bei dem zur Eindämmung der Inflation der Zinssatz erhöht wurde. Als nach der Finanzkrise von 2007 gewaltige Geldsummen in die Wirtschaft gepumpt wurden, kam kurzzeitig ein etwas stärker solidaritätsorientierter Ansatz zum Tragen. Gleichzeitig wird in Washington schon seit Langem ein gemeinschaftsorientierter Ansatz verfolgt, indem der Dollar bei internationalen Sanktionen und extraterritorialen Aktivitäten für politische Zwecke eingesetzt wird, unter anderem durch Verhängung massiver Strafzahlungen für ausländische Konzerne.¹⁷ Ähnlich kann man auch bei den internationalen Beziehungen in dreierlei Weise ansetzen: über einen regelbasierten liberalen Internationalismus (Freiheit), über globale Umverteilungs- und Umweltschutzprogramme (Solidarität) oder über ein auf Selbstnutzen ausgerichtetes Nullsummenspiel zwischen Gruppen, die ihrer Natur nach miteinander rivalisieren (Gemeinschaft). In den internationalen Beziehungen wird Gemeinschaftskapitalismus oft mit »Machtpolitik« verknüpft, das heißt der machtvollen Durchsetzung nationaler Interessen unter Missachtung des Völkerrechts.

16 Helleiner, *Neomercantilists*.

17 Zu dieser »ökonomischer Kriegsführung durch juristische Mittel (lawfare)«: Woll, *Corporate Crime and Punishment*; siehe auch Mulder, *The Economic Weapon*; Dietrich (Hg.), *Diplomacy and Capitalism*.

Gemeinschaftskapitalismus wird oft mit Solidarität kombiniert, denn zur Rechtfertigung von Protektionismus und Subventionen wird häufig der Schutz von Arbeitsplätzen herangezogen. In vielen Fällen bewirkt der Gemeinschaftskapitalismus allerdings (durch Einfuhrzölle und Staatsbeihilfen) eine Umverteilung von der breiten Bevölkerung hin zu wenigen Nutznießer:innen (einer kleinen Zahl von Unternehmen mit guten Beziehungen), gleichzeitig werden nur wenige Jobs gerettet, und manchmal steigen auch die Preise. Dieser Ansatz ist treffend als »Unternehmenswohlfahrt«¹⁸ beschrieben worden. Eine solche Politik (Gemeinschaft ohne Solidarität) wird von Präsident Trump verfolgt (2017 bis 2021, seit 2025). Seine Regierung hat Handelsbarrieren errichtet, Steuern für die Reichen gesenkt und einen Kahlschlag bei Sozial- und Umweltstandards betrieben. Auf diese Weise kombiniert er Gemeinschaft mit Neoliberalismus, der sich als extreme Form des Freiheitskapitalismus nicht nur über die Förderung freier Marktregeln, sondern auch über direkte Angriffe auf den Sozialstaat definiert (siehe Kapitel 1).

Die drei Prinzipien der Trias werden häufig miteinander kombiniert. Oft überlappen sie sich auch. Die Governance des westlichen Kapitalismus war zwischen 1945 und 1980 stark von Solidarität und Gemeinschaft beeinflusst. Ab den 1980er Jahren trat mit dem Aufstieg des Neoliberalismus Freiheit in den Vordergrund. Der Solidaritätskapitalismus wiederum hat sich durch Ausdehnung auf neue Bereiche wie Umweltschutz und Minderheitenschutz neu erfunden, wobei traditionellere Formen wie der Kampf gegen ungleiche Reichumsverteilung manchmal in den Hintergrund traten. Seit 2016 ist es mit der Zunahme protektionistischer und sogar militärischer Spannungen zu einer Rückkehr des Gemeinschaftskapitalismus gekommen.

Die drei Modelle unterscheiden sich auch in der Art staatlicher Machtausübung. Für den Freiheitsansatz ist der Staat entscheidend, um Rahmenbedingungen für den Markt zu schaffen, aber seine Aufgabe wird auf die eines »neutralen« Schiedsrichters beschränkt, sodass Unternehmer:innen eine größere Rolle spielen können. Marktregeln sind natürlich niemals völlig »neutral«, da sie das Resultat der Machtverhältnisse in den Regulierungsbehörden darstellen und bestimmte Verteilungseffekte haben.¹⁹ Aber der gesamte Rahmen staatlicher Eingriffe ist regelgebunden. Beim Solidaritäts- und beim Gemeinschaftsansatz hingegen treffen Behörden explizit Er-

18 Buffone/Ergen/Kalaitzake, »No Strings attached«.

19 Zum Aufbau von Märkten: Polanyi, *The Great Transformation*, S. 181; Stone Sweet/Sandholtz/Fligstein (Hg.), *The Institutionalization of Europe*; Jullien/Smith (Hg.), *The EU's Government of Industries*.

messensentscheidungen, entweder um spezifische benachteiligte Gruppen zulasten der Wohlhabendsten zu schützen (Solidarität) oder um lokale Akteure zulasten ausländischer Akteure zu bevorzugen (Gemeinschaft). Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen spielen im Solidaritätskapitalismus eine größere Rolle. Im Gemeinschaftskapitalismus organisiert der Staat die Zivilgesellschaft in einer Weise, die die eigene Gruppe stärkt. Unternehmer:innen und Gewerkschaften können darin ebenfalls Einfluss haben, aber eher in nationaler als transnationaler Form. Die Verschiebung hin zum Gemeinschaftskapitalismus – und vor allem zu einer nachdrücklicheren Handels-, Industrie- und Militärpolitik – stellt eine Herausforderung für die EU dar, die sich meist eher als regelbasierte Organisation betrachtet hat und nicht so sehr als ein Akteur, der explizit diskriminatorische (d. h. distributive, selektive) Entscheidungen trifft.²⁰

Die Trias des Kapitalismus in Europa

Wie Kapitalismus funktioniert, lässt sich aus drei Gründen gut anhand der EU untersuchen. Erstens ist durch die europäische Integration seit Ende der 1940er Jahre von Grund auf eine neue Art von hybridem kapitalistischem System entstanden, das darum einen einzigartigen Untersuchungsgegenstand darstellt. An der EU wird oft aus gegensätzlichen Richtungen Kritik geübt, mal gilt sie als zu neoliberal, mal als überreguliert.²¹ Die europäische Integration hat gleichzeitig dreierlei hervorgebracht: einen neoliberalen Kapitalismus, einen ambitionierten Versuch zur Regulierung dieses Kapitalismus mittels bindender sozialer und ökologischer Regelungen sowie ein äußerst ehrgeiziges Projekt zur Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls von oben. Diese drei Elemente sind seit jeher Gegenstand hitziger Debatten: Ist die EU der Inbegriff eines regulierten Marktes und entspricht dem, was Keynes 1919 vorschwebte, oder ist sie ein Raum für rücksichtslose

20 Siehe Kapitel 10. Kathleen McNamara definiert Industriepolitik als »Verwendung der öffentlichen Gewalt zur aktiven Gestaltung der Märkte im Interesse und nach den Werten einer beschränkten politischen Gemeinschaft«. Sie stellt einen Bruch mit der »neoliberalen Markt-Governance« dar, die »als neutral gefasst« wurde. »Die aktuelle Industriepolitik der EU hingegen macht die Verteilungsentscheidungen über bevorzugt behandelte Branchen und Aktivitäten explizit«; McNamara, »Transforming Europe?«.

21 Zur Geschichte der europäischen Integration siehe neuere Fachliteratur: Gehlen, *Europa*; Loth, *Europas Einigung*; Patel, *Europäische Integration*; Thieme, *Geschichte der europäischen Integration*.

Konkurrenz, wie Hayek ihn sich 1939 ausmalte?²² Haben die Europäer:innen die Solidarität zurückgewiesen oder haben sie eine Art europäischen Sozialstaat geschaffen? Kann Europa eine Macht sein oder ist es lediglich ein regulierter Markt mit begrenztem Identitätsgefühl und einem unvollkommenen demokratischen System?²³

Zweitens bietet die EU als relativ transparente internationale Organisation eine interessante Möglichkeit, um Kompromissfindung zu studieren. Sie ist relativ transparent in dem Sinne, dass sie auf offenen Debatten beruht und diese oft expliziter ausgetragen werden als im nationalen Rahmen, weil die Debattierenden auf EU-Ebene aus unterschiedlichen Ländern stammen und ihre Ideen entsprechend ausdrücklicher formulieren müssen, als wenn sie sich an Landsleute mit demselben kulturellen Hintergrund richten. Diese Debatten sind auch breiter angelegt als in den jeweiligen Nationen, weil die Debattant:innen aus sehr unterschiedlichen kapitalistischen Traditionen kommen: Das reicht von der skandinavischen Sozialdemokratie bis zum deutschen Ordoliberalismus, vom englischen Neoliberalismus bis zum französischen Colbertismus. Im Ergebnis sind in Brüssel vielfältigere Optionen sichtbar als an vielen anderen Orten. Selbst die Lobbyarbeit ist transparenter als in vielen nationalen Hauptstädten, auch wenn es durchaus noch Verbesserungspotenzial gibt, wie u. a. der Katargate-Skandal zeigt.

Drittens hatten die Europäische Union und ihre Vorläufer ungeheuren Einfluss darauf, wie der Kapitalismus organisiert wurde. Das betraf zunächst den Handel (Kohle und Stahl seit den 1950er Jahren, andere Güter seit den 1960er Jahren), ein wenig später die Regional- und Umweltpolitik (in Versatzstücken seit den 1970er Jahren) und schließlich die Währungspolitik und den freien Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr (seit den 1990er Jahren). Im Zuge der Covid-Krise (2020/21) und des Russisch-ukrainischen Kriegs (seit 2022) haben sich die Interventionsmöglichkeiten der EU erweitert, ohne aber – und das ist entscheidend – die Nationalstaaten zu ersetzen. Diese sind weiterhin die maßgeblichen Träger des Sozialstaats (Gesundheitswesen, Bildungswesen, Renten) und haben sich das Monopol auf rechtmäßige Gewalt bewahrt (Polizei, Justiz, Militär).

22 Zu Keynes siehe Kapitel 3 und zu Hayek Kapitel 8. Fritz Scharpfs Argumentation ist dieselbe wie bei Hayek. Ich gehe in Kapitel 2 näher darauf ein. Siehe Scharpf, *The Double Asymmetry*.

23 Siehe Kapitel 2 und Checkel/Kathenstein (Hg.), *European Identity*; Sierp, *History, Memory, and Trans-European Identity*; Kaina/Karolewski/Kühn (Hg.), *European Identity Revisited*; Frank, »Cultural, Memorial and Reference Sphere«; Kaelble (Hg.), *The European Way*.

Die europäische Integration stellt eine neue und beispiellose Entwicklung in der zeitgenössischen Geschichte dar. Nie zuvor haben sich Nationalstaaten, zumal einige der mächtigsten der Welt, entschlossen, ihre Souveränität bei der Regelung des Kapitalismus – einschließlich Kernbereichen wie Grenzkontrolle und Währung – zusammenzulegen. Zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen zwar weiterhin unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Art Europa wünschenswert ist. Doch dass die europäische Integration bedeutende Auswirkungen hatte, bestreitet niemand. Selbst Großbritannien, das 1961 einen Aufnahmeantrag bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellte und 2020 austrat, bleibt stark von der EU beeinflusst. Diese umfasst mittlerweile einen Großteil des europäischen Kontinents, ihre Handelsbestimmungen haben globale Auswirkungen, und ihre Erfahrung bei der Integration einer Region hat anderen regionalen Zusammenschlüssen als Inspiration und ihren Gegner:innen als Symbol dekadenten liberalen Kosmopolitismus gedient.²⁴ In anderen Worten, die EU ist zwar nicht perfekt und könnte letztendlich auch wieder zerfallen, bietet aber nützliche Einsichten darüber, wie Kompromisse zur Regelung des Kapitalismus geschlossen werden können. Die EU hat Bedeutung nicht nur für Europäer:innen, sondern kann der ganzen Welt als Beispiel dienen, wie Menschen sich anders als in Nationalstaaten oder Imperien organisieren können (oder nicht können).

Ich betrachte die Europäische Union als hybride Organisation mit Triebkräften sowohl in den Nationalstaaten als auch in supranationalen Institutionen.²⁵ Auf der einen Seite haben sich die europäischen Mitgliedsstaaten aus freien Stücken für die Beteiligung an der europäischen Integration entschieden, um ihre nationalen Interessen insbesondere in ökonomischer Hinsicht zu fördern, und sich weitgehend Kontrolle über den Entscheidungsprozess bewahrt, vor allem was nichtökonomische Fragen wie Sozial-, Außen- und Militärpolitik anbelangt.²⁶ Auf der anderen Seite haben auch supranationale Institutionen (die Europäische Kommission,

24 Zur Auswirkung der EU-Handelsbestimmungen siehe Kapitel 6 und 10; Bradford, *The Brussels Effect*.

25 Zur allgemeineren institutionellen Argumentation siehe Kapitel 2 über die europäischen Institutionen.

26 Um Andrew Moravcsiks Vokabular zu borgen: Die Mitgliedsstaaten haben zwischenstaatliche Aushandlungen auf Basis asymmetrischer Interdependenz betrieben. Sie akzeptieren die Übertragung von Entscheidungen an Institutionen, wenn dadurch zuverlässige Vereinbarungen sichergestellt werden. Siehe Moravcsik, *The Choice for Europe*; Milward, *The European Rescue*; Bickerton/Hodson/Puetter (Hg.), *The New Intergovernmentalism*; Middelaar, *The Passage to Europe*.

das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof) eine wichtige Rolle gespielt. In diesem Buch liegt der Fokus auf der Europäischen Kommission, die eine wesentliche Bedeutung hatte, vor allem bei wirtschaftspolitischen Fragen, die anfangs als relativ zweitrangig angesehen wurden, sich aber letztlich als entscheidend erwiesen.

Der mit der Trias des Kapitalismus eröffnete Deutungsrahmen ist mit einem zwischenstaatlichen Ansatz vereinbar (d. h. einem, der in erster Linie auf nationalstaatlicher Macht basiert). Beispielsweise vertrat die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) eine neoliberale zwischenstaatliche Vision der EU. Der französische Präsident Charles de Gaulle (1959–1970) bevorzugte ebenfalls ein zwischenstaatliches Modell, tendierte aber stärker zur Schaffung eines »Europa als Macht«. Der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt (1969–1974) betonte mehr die Solidarität, während der italienische Politiker Altiero Spinelli (1970–1986) überzeugter Föderalist und strammer Verfechter von Solidaritäts- und Gemeinschaftskapitalismus war.²⁷

Die Herausforderungen des Gemeinschaftskapitalismus

Die Typologie von Freiheit, Solidarität und Gemeinschaft ist aus vier weiteren Gründen von Nutzen. Zunächst einmal macht sie überhaupt die Existenz eines Gemeinschaftskapitalismus sichtbar. Sie hilft bei der Dekonstruktion des Diskurses von Politiker:innen, die darauf beharren, (gemäß der Kategorien Freiheit oder Solidarität) im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln, obwohl in ihren Zielvorstellungen die Stärkung der Gemeinschaft zentral bleibt. Unternehmen geben selten zu, dass sie ein behagliches Kartell dem freien Wettbewerb vorziehen würden. Und Staaten erkennen selten an, dass manche staatliche Beihilfen für die Industrie oder andere protektionistische Maßnahmen regressive Wirkung haben (das heißt den Reichen mehr Vorteile bringen als den Armen). Der Gemeinschaftskapitalismus wirft auch ein Schlaglicht auf Verteilungskonflikte. Wenn Behörden mehr zur Unterstützung von Unternehmen ausgeben, müssen sie angesichts endlicher Budgets bei anderen Ausgaben kürzen, etwa bei Sozialprogrammen, die den Armen zugutekommen. »Unternehmenswohlfahrt« kann an die

27 Die genannten Daten sind die von Spinellis Amtszeiten, zunächst als EU-Kommissar (1970–1976), danach als Mitglied des italienischen Parlaments (1976–1983) und schließlich als Mitglied des Europäischen Parlaments (1979–1986). Glencross/Trechsel, *EU Federalism and Constitutionalism*.

Stelle des »Wohlfahrtsstaats« treten. Gemeinschaftskapitalismus ist in Europa immer allgegenwärtig gewesen. Beispielsweise hat es im Nachkriegsdeutschland offiziell keine Industriepolitik gegeben, doch durch die Brille des Gemeinschaftskapitalismus betrachtet wird eine diskrete, aber wirkliche deutsche Industriepolitik klar erkennbar.²⁸ In der einen oder anderen Form konnte sich Gemeinschaftskapitalismus in vielen Ländern erhalten, selbst im neoliberalen Großbritannien unter Margaret Thatcher.

Zweitens erleichtert die Trias Vergleiche zwischen verschiedenen Zeiten und Orten. Mit dem Begriff der Gemeinschaft lassen sich Übereinstimmungen zwischen Governancepraktiken fassen, die zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich benannt wurden, von der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) in den USA bis hin zur Regionalförderung in Deutschland. Mithilfe der Trias lässt sich herausarbeiten, wie die europäischen Länder ihre verschiedenen nationalen Ansätze mit je eigener Mischung von Freiheit, Solidarität und Gemeinschaft miteinander verbanden. Da sich diese Mischung bei allen Ländern unterscheidet, erforderte die europäische Integration das richtige Gleichgewicht nicht nur zwischen den Ländern selbst, sondern auch zwischen den verschiedenen Ausprägungen der Governance des Kapitalismus. Mithilfe des Konzepts des Gemeinschaftskapitalismus lassen sich verschiedene Erfahrungen besser miteinander vergleichen und die notwendigen Bedingungen für eine wirkungsvolle Industriepolitik auf nationaler wie internationaler Ebene erkunden.

Drittens lassen sich mithilfe der Trias Alternativen ans Licht bringen, die in der Vergangenheit einmal diskutiert und dann verworfen wurden. Durch Verwendung von Idealtypen wird deutlich, dass es immer schon Lösungsvorschläge im Sinne des Freiheits-, Solidaritäts- oder Gemeinschaftskapitalismus gab, selbst wenn diese vom Zeitgeist nicht als vernünftig angesehen wurden. Auf dieser Basis sind wir über simplifizierende politische Diskurse schnell hinaus, ob sie auf dem (von Thatcher vorgetragenen) Argument »Es gibt keine Alternative« beruhen oder auf dem populistischen Argument, dass staatliche Politik ohnehin immer dieselbe sei (und Eliten sich gegen »das Volk« verschworen hätten).²⁹ Wir können damit auch den technokratischen Ansatz bestimmter Institutionen überwinden, die sich manchmal als unpolitische, rein pragmatische Instanzen darstellen. Diese

28 Siehe Kapitel 5 und 10. Zu Airbus beispielsweise siehe Ahrens, »The Importance of being European«.

29 In einer Rede am 21. Mai 1980 sagte Thatcher: »Es gibt keine wirkliche Alternative [zur neoliberalen Politik]«; Müller, *What is Populism?*; Jones, »Populism in Europe«.

Behauptung wird teilweise auch von Mitgliedern der Europäischen Kommission vorgebracht. Im Gegensatz dazu wird in diesem Band argumentiert, dass alle ökonomischen Entscheidung zugleich Entscheidungen für eine bestimmte Mischform der Governance des Kapitalismus darstellen. Der Aufstieg des Neoliberalismus Ende des 20. Jahrhunderts ebenso wie die aktuelle Rückkehr des Protektionismus ist weder ein Automatismus noch unvermeidlich – beide Konjunkturen erwachsen einem Machtgleichgewicht, das die Trias erklären helfen kann. Die Geschichte liefert uns eine breitere Sicht auf den aktuellen Aufstieg des Gemeinschaftskapitalismus, denn europäische Institutionen haben auch in der Vergangenheit schon mit Protektionismus gekämpft und ihn sogar auch schon befördert (siehe Kapitel 5, 6 und 10).

Viertens hilft der Begriff des Gemeinschaftskapitalismus, einige überraschende politische Annäherungen zu erklären. Zum Beispiel haben Einkommensschwache unter bestimmten Umständen Gemeinschaft über Solidarität gestellt. Nationalismus hat 1914 eine vereinte pazifistische Arbeiterbewegung in Europa verhindert. Auch die ab den 1980er Jahren im Westen zu beobachtende nachlassende Bindung der Armen an die Mitte-links-Parteien könnte teilweise seinen Grund darin haben, dass diese ihren Fokus von Klassenungleichheit auf Identitätspolitik verschoben haben.³⁰

Der Begriff der Gemeinschaft sollte nicht als negativ angesehen werden. Frühere Krisen haben die Trias oft aus dem Gleichgewicht gebracht, so etwa durch die Überbetonung des Gemeinschaftskapitalismus in den 1930er Jahren oder des Freiheitskapitalismus im »Hochneoliberalismus« Anfang des 21. Jahrhunderts. Alles in allem liefert dieses Buch keine Argumente für eine spezifische Balance, sondern empfiehlt lediglich, die radikalsten Optionen zu meiden (siehe Kapitel 1). Freiheit, Solidarität und Gemeinschaft sind Ziele, die Politiker:innen bei der Regelung des Kapitalismus verfolgen, aber zugleich sind sie auch mit Werten verknüpft, die den meisten Menschen am Herzen liegen: dem Streben nach Freiheit, Gleichheit und Identität.³¹

30 Moyn, *Not Enough*; zu Europa siehe beispielsweise eine Analyse des Votums für den Brexit, das mit kulturellen, bildungsbezogenen und ökonomischen Faktoren erklärt wird: Becker/Fetzer/Novy, »Who Voted for Brexit?«.

31 Diese drei Werte klingen auch in der Präambel zur Verfassung der USA an, die sich auf »Freiheit«, »allgemeines Wohl« und »Landesverteidigung« bezieht, sowie im Motto der Französischen Republik seit 1880: »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«.

Mit kubistischer Perspektive Alternativen offenlegen

Kubistische Maler:innen dekonstruierten das traditionelle Bild, indem sie mehrere Perspektiven gleichzeitig darstellten. Bescheidener im Anspruch, aber doch in ähnlicher Weise soll in der vorliegenden Arbeit die Komplexität des Gegenstands mittels mehrerer Blickwinkel erfasst werden: nationaler, supranationaler (EU-Institutionen), internationaler (internationale Organisationen) und transnationaler (Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Arbeitgeberverbände).³² Die Betonung liegt dabei auf sozialen, ökonomischen und ökologischen Themen unter gleichzeitigem Bezug auf institutionelle, politische und geopolitische Entwicklungen. Nicht im Zentrum steht die Geschichte der Vorstellungen vom Kapitalismus, auch wenn sie Berücksichtigung findet. Schließlich haben diese Vorstellungen, wie Polanyi betont, starken Einfluss auf die Politik.³³ Wie Keynes 1936 bemerkte, sind Politiker:innen, die sich als Pragmatist:innen ausgeben, »zumeist Sklaven irgendeines längst verstorbenen Ökonomen«.³⁴

Um die ganze Breite ehemals und heute vorhandener politischer Möglichkeiten zu ermitteln, greife ich zurück auf Literatur, Interviews mit beteiligten Akteur:innen sowie Originaldokumente der Zeit zwischen den 1950er und den 1990er Jahren, die aus Archiven in acht Ländern zusammengesammelt wurden (Archive werden in der Regel nach 30 Jahren zugänglich). Archive liefern oft tiefere Einsichten als der offizielle Diskurs und ermöglichen, teilweise die Motive verschiedener Akteur:innen zu rekonstruieren. Ohne sie bleiben den Historiker:innen nur öffentliche Statements und Interviews der Entscheidungsträger:innen, die sich darin im Allgemeinen auf den »gesunden Menschenverstand« berufen. Außerdem zeigen uns Archive Alternativen, die nicht weiterverfolgt wurden und aus den Diskursen und Medien verschwunden sind, ja nicht einmal mehr in den Autobiografien ihrer einstigen Verfechter:innen auftauchen. Archive helfen uns dabei, Wendepunkte oder »critical junctures«³⁵ zu identifizieren, das

32 Die meisten Historiker:innen teilen die Forderung nach Vereinigung dieser Ansätze: Clavin, »Defining Transnationalism«; Patel, »An Emperor without Clothes?«; Reynolds, »From the Transatlantic to the Transnational«.

33 Polanyi, *The Great Transformation*, S. 174 zur »Geburt des liberalen Credo« und zum »religiösen Eifer« seiner Unterstützer:innen. Siehe auch: Hall (Hg.), *The Political Power of Economic Ideas*. Zur Geschichte der europäischen Integration: Parsons, »Ideas and Power«.

34 Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung*, S. 316. Bemerkenswerterweise war Keynes selbst sowohl Theoretiker als auch Praktiker, nämlich Devisenhändler: Accominotti/Chambers/Morrison, »The Speculative Consequences of the Peace«.

35 Capoccia, »Critical Junctures«.

heißt Momente, in denen wesentliche Entscheidungen getroffen wurden. Dennoch ist es auch wichtig, sich der Grenzen der Archivforschung bewusst zu sein. Archive sind oft unvollständig und werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten.³⁶ Ergänzend habe ich Interviews mit zentralen Akteur:innen geführt, die oft eingefärbte, aber doch unschätzbare Informationen liefern.

Durch Betonung der Alternativen, die Politiker:innen zur Verfügung standen, werden teleologische Erzählungen vermieden, die die europäische Integration als zwangsläufigen Fortschritt in eine bessere Zukunft anpreisen.³⁷ Im Gegenteil unterstreicht der vorliegende Band gerade die vielen Alternativen zur EU, die seit 1945 ernsthaft erwogen wurden, und zwar sowohl national (wieso mit anderen Staaten zusammenarbeiten, wenn der heimische Kapitalismus gut funktioniert?) als auch auf europäischer Ebene (europäische Organisationen wie die OEEC und den Europarat gab es schon vor der EU und ihren Vorläufern) sowie international (da die UN und die OECD manchmal als die effektiveren Foren für Zusammenarbeit erschienen).³⁸ Unter anderen Umständen hätten selbst postkoloniale Organisationen wie der britische Commonwealth oder die kurzlebige *Communauté française*, die das französische Kernland und die Überseeterritorien umfasste (1958–1960), eine größere Rolle spielen können.³⁹

Im Nachkriegseuropa waren Staaten zentrale Akteure, die ihre Macht zur Regulierung des Kapitalismus in einer für Friedenszeiten beispiellosen Weise ausbauen konnten, wie sich an der gestiegenen Staatsquote und der immer größeren Rolle politischer Maßnahmen zeigt. Staatliche Politik bildet in der Governance des Kapitalismus ein wichtiges Element neben anderen, etwa den Beziehungen zwischen Unternehmen und der Rolle anderer nichtstaatlicher Akteure wie Kirchen, Gewerkschaften, NGOs, Intellektuellen und so weiter.

Ich konzentriere mich in diesem Buch auf Großbritannien, Frankreich und Deutschland, da sie nicht nur am einflussreichsten waren, sondern mit ihren oft gegensätzlichen wirtschaftspolitischen Ausrichtungen auch die Vielfalt des Kontinents repräsentieren. Übrigens wird in der Literatur auf der einen Seite die Rolle des deutsch-französischen »Motors«⁴⁰ und auf der anderen Seite die Vorherrschaft Deutschlands betont. Italien hingegen hat

36 Zu den Grenzen des Archivs des Europäischen Gerichtshofs beispielsweise siehe Nicola, »Waiting for the Barbarians«; Fritz, »Judge Biographies«.

37 Patel, »Provincializing European Union«.

38 Der Abschnitt »Eine von vielen« in: Patel, *Projekt Europa*, S. 23–32.

39 Cooper, »Provincializing France«.

40 Lappenküper, *Mitterand und Deutschland*; Seidendorf, *Deutsch-französische Beziehungen als Modellbaukasten?*; Miard-Delacroix/Wirsching, *Von Erbfeinden zu guten Nachbarn*; Schönborn, *La Mésentente apprivoisée*. Siehe auch die Bedeutung der deutsch-franzö-

oft eine weniger bedeutende Rolle gespielt, als es seine GröÙte vermuten lieÙe.⁴¹ In manchen Fällen war Rom ein entscheidender Akteur, zum Beispiel beim Europäischen Rat von Mailand 1985. Doch in erster Linie waren es in Brüssel wirkende Italiener:innen, die großen Einfluss hatten, darunter der Föderalist Altiero Spinelli und die zwei »Super Marios«, EU-Kommissar Mario Monti und der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Die anderen großen europäischen Länder wie Spanien und Polen hatten erst später bedeutenden Einfluss auf die europäische Integration. Auch kleinere Länder konnten wichtig sein, aber normalerweise nur unter besonderen Umständen.⁴² Dementsprechend bleibt der Fokus auf Großbritannien, Frankreich und Deutschland, auch wenn mithilfe der Sekundärliteratur auch die wichtigsten Entwicklungen in anderen Staaten abgedeckt werden, darunter die mittel- und osteuropäischen, die oft vernachlässigt werden.⁴³

Neben den drei genannten Ländern ist die Kommission der EG/EU ein vierter Akteur, bei dem in Anbetracht seines Alters – Gründung 1958 – und seines Einflusses eine systematische Betrachtung naheliegt. Sie hat ein Monopol darauf, Gesetzesvorschläge einzubringen, und setzt verabschiedete Gesetze in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen um. Ich werde argumentieren, dass sie unter bestimmten Umständen und abhängig von ihrer Besetzung als mächtige politische Kraft im europäischen Integrationsprozess wirken konnte.⁴⁴

Bei der Archivforschung in acht Ländern ist auch die Bedeutung weiterer Akteure⁴⁵ deutlich geworden. Die Rolle des Europäischen Parlaments

sischen Beziehungen in Büchern mit anderen Perspektiven: Türk, *Die Europapolitik der GroÙen Koalition*; Haeusler, *Helmut Schmidt*.

41 Varsori, *La Cenerentola d'Europa*; Varsori/Zaccaria (Hg), *Italy in the International System*; für Archiv-Beispiele zu führenden Politiker:innen, die Italien keine große Bedeutung zumessen, siehe: BR-NA, PREM19/133, Leitvermerk, 22. November 1979; AAPD/1983, Dok. 338, Vermerk über ein Treffen zwischen Kohl und Thatcher am 9. November 1983; AAPD/1984, Dok. 29, Vermerk über ein Treffen zwischen Kohl und Mitterrand am 2. Februar 1984; James-Baker-Archiv (Princeton, USA), Box 111, Ordner 6, Vermerk für James Baker, 30. Juni 1992.

42 Dafür finden sich in diesem Buch viele Beispiele, vor allem unter den üblichen Verdächtigen, sprich den Benelux-Ländern Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, aber auch bei Irland, Griechenland, den skandinavischen sowie zentral- und ost-europäischen Ländern.

43 Ther, *Europe since 1989*; Laczó/Scepanovic, »Eastern Europe«.

44 Smith, »Why European Commissioners Matter«; Pollack, *The Engines of European Integration*; Kassim/Laffan, »The Juncker Presidency«; Mérand, *The Political Commissioner*; Cini/Pérez-Solórzano, *European Union Politics*.

45 Ein Fokus auf diese vier Akteure findet sich auch in einer jüngst erschienenen Dissertation über den Vertrag von Maastricht: Jaeschke, *Eine »immer engere Union«*.

und des Europäischen Gerichtshofs, zu denen bereits umfangreiche Literatur vorliegt, wird hier nur in Bezug auf bestimmte Debatten erkundet, vor allem nachdem sie in den 1970er Jahren stärker in den Vordergrund traten.⁴⁶ In besonderen Fällen werden anhand von Archiven auch andere internationale Organisationen mit struktureller Bedeutung für den europäischen Kontinent untersucht, so etwa die Vereinten Nationen anhand der folgenden Archive: der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Und schließlich werden die Kräfteverhältnisse in bestimmten Verhandlungen anhand der Archive nichtstaatlicher Akteure aufgezeigt,⁴⁷ insbesondere des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), des französischen Gewerkschaftsbunds CFDT und des britischen (CBI) und französischen (CNPF, später MEDEF) Unternehmerverbands, wobei besonders Letztere von Nutzen sind, weil ihre Entsprechungen auf europäischer Ebene (UNICE, später Business Europe) keine eigenen Archive haben.

Ich betrachte diese Akteure nicht als monolithisch. Regierungen sind oft zwischen protektionistischen Ministerien (Landwirtschaft und Inneres) und mehr dem Freihandel zuneigenden Ministerien (Handel und Außenministerium) gespalten. Ein Unternehmen mit technologischem Vorsprung setzt sich tendenziell eher für international offene Märkte ein, während ein weniger wettbewerbsfähiges protektionistische Maßnahmen bevorzugt. Gewerkschaften in exportorientierten Ländern (wie Deutschland und Schweden) sind weniger protektionistisch als in anderen Ländern. Umweltschutzorganisationen priorisieren Solidarität, aber zum Erreichen dieses Ziels setzten sich einige für Gemeinschaftskapitalismus (beispielsweise Protektionismus) ein, während andere Freiheitskapitalismus (mit markt-basierten Mechanismen) fordern.⁴⁸

46 Zu europäischen Institutionen siehe Kapitel 2. Zum Gerichtshof: Wirsching, »Ein ›Europäischer Gesetzgeber‹«; Alter, *The European Court's Political Power*; Vauchez, *Brokering Europe*; Nicola/Davies (Hg.), *EU Law Stories*; Davies/Rasmussen, »Introduction«; Lindseth, *Power and Legitimacy*. Zu einem kritischen Ansatz: Rasmussen/Martinsen, »EU Constitutionalisation Revisited«. Zur Geschichte des Europäischen Parlaments siehe zuletzt: Soldwisch, *Das Europäische Parlament 1979–2004*; Roos, *The Parliamentary Roots*; Rittberger, »The Creation and Empowerment«.

47 Pepper Culpepper ist der Auffassung, dass Unternehmen bei weniger prominenten Themen tendenziell größeren Einfluss auf die Politik haben: Culpepper, *Quiet Politics and Business Power*.

48 Zu den Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Umweltpolitiken: Mauch, *Slow Hope*.

Die Lücke zwischen Kapitalismus und europäischer Integrationsforschung schließen

Dieses Buch verbindet Kapitalismusforschung mit der Forschung zu europäischen und internationalen Organisationen. Aus der Literatur zu Kapitalismus sind drei Strömungen hier eingeflossen. Die erste sind allgemeine Reflexionen über die Beziehungen zwischen Kapitalismus und den durch ihn hervorgerufenen sozioökonomischen und politischen Spannungen⁴⁹ mit besonderer Betonung von Untersuchungen, die die Auswirkung der Globalisierung auf Wohlfahrtspolitik und soziale Bewegungen hervorheben.⁵⁰ Dieses Buch ist auch ein Beitrag zur umfassenderen Debatte darüber, ob es möglich ist, Globalisierung zu regulieren, das heißt für eine internationale Governance des Solidaritätskapitalismus einzutreten, die gleichzeitig Raum für konfligierende Formen von Gemeinschaftskapitalismus lässt. Es liefert mehrere Beispiele für Alternativen, die in der Vergangenheit erdacht, erwogen und verworfen (Planung, Kontrolle über multinationale Konzerne) und manchmal auch nachträglich in anderer Gestalt umgesetzt wurden (CO₂-Steuer, europäische Präferenz). Entsprechend trägt es auch zur Umweltgeschichte bei, da es konkrete Beispiele für den Gegensatz zwischen Umweltschutz- und Wirtschaftslobbyismus sowie für die internen Spaltungen der Unternehmerschaft liefert.⁵¹

Zweitens fließt in die Untersuchung aktuelle, global (oder an den USA) ausgerichtete Literatur über Industriepolitik ein.⁵² Dieses Buch deckt gemeinschaftskapitalistische Praktiken auf, die in Form von Regionalhilfe und Duldung bestimmter Kartelle in ganz Europa, einschließlich der Bundesrepublik, verbreitet waren. Die Prüfung meiner zentralen Hypothese über effiziente Industriepolitik erfolgt anhand verschiedener Beispiele teils erfolgreicher, teil gescheiterter internationaler Industriekooperationen (Kapitel 5).⁵³

49 Um nur vier Klassiker zu nennen: Polanyi, *The Great Transformation*; Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*; Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*; Rodrik, *Das Globalisierungs-Paradox*.

50 O'Rourke, »Globalisation«; Huberman, *Odd Couple*.

51 Beiträge mit einer weiten Perspektive auf die Beziehungen zwischen Unternehmen und Umweltpolitik sind unter anderem: Bergquist, »Renewing Business History«; Bott/Pitteloud/Schäufelbuehl, *Environmental Regulation*; Huf/Sluga/Selchow, »Business and the Planetary History«; Oreskes/Conway, *Die Machiavellis der Wissenschaft*.

52 Helleiner, *The Neomercantilists*; Mazzucato, *Das Kapital des Staates*; Block, »Swimming against the Current«.

53 Zum Begriff einer effizienten Industriepolitik siehe Kapitel 1, basierend auf: Juhász/Lane/Rodrik, *The New Economics of Industrial Policy*.

Drittens trägt das Buch dazu bei, die Lücke zwischen der Literatur über internationale Beziehungen und der über vergleichende politische Ökonomie zu schließen. Bei letzterer geht es insbesondere um die Literatur über »Spielarten des Kapitalismus«, mit der ein wichtiger typologischer Ansatz für die nationale Ebene entwickelt wurde, vor allem in Form des Gegensatzes zwischen »koordinierten Marktwirtschaften« und »liberalen Marktwirtschaften«. ⁵⁴ Andere erhellende Studien aus dem Bereich internationaler politischer Ökonomie konnten anhand von Ländervergleichen neuere Entwicklungen im westlichen Kapitalismus deutlich machen, ⁵⁵ selten jedoch im Zusammenhang der europäischen Integration. ⁵⁶ Während in diesem Buch auch eine kritische Untersuchung nationaler Modelle erfolgt (Kapitel 1), besteht sein originärer Beitrag in der Identifizierung transversaler Formen von Governance (mit Auswirkungen nicht nur auf staatliche Politik, sondern auch auf Unternehmen, Gewerkschaften und NGOs), die gleichzeitig nationale, europäische und internationale Akteure betreffen. ⁵⁷ Es bringt rein ökonomische Entwicklungen mit sozialen, ökologischen und geopolitischen in Zusammenhang.

Das Buch trägt auf dreifache Weise auch zur Literatur über die europäische Integration und internationale Organisationen bei. Erstens zeigt es, wieso die Europäische Union im Vergleich mit anderen internationalen Organisationen und zum Teil auch in Verbindung mit ihnen Bestand hatte. ⁵⁸ Untersucht wird auch, wieso viele staatliche Politiken »europäisiert« wurden, obwohl die beteiligten Akteure auch andere Foren der Zusammenarbeit erwogen, manchmal sogar bevorzugten. ⁵⁹ Zum Beispiel werden wir sehen, dass Gewerkschaften sich in den späten 1970er Jahren für die europäischen Institutionen zu interessieren begannen, als ihnen klar wurde, dass die

54 Hall/Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism*; Hope/Soskice, »Growth Models«.

55 Hancké/Rhodes/Thatcher (Hg.), *Beyond Varieties of Capitalism*; Steinmo, *The Evolution of Modern States*; Fioretos, *Creative Reconstructions*; Thelen, *Varieties of Liberalization*; Baccaro/Pontusson, »Rethinking Comparative Political Economy«.

56 Zu nennenswerten Ausnahmen gehören: Schmidt/Thatcher (Hg.), *Resilient Liberalism*; Moschella/Quaglia/Spendzharova (Hg.), *European Political Economy*; Becker, »Integration in Crisis«.

57 Dieses Buch ist vom Ansatz Peter Gourevitchs beeinflusst, der fünf Typen von Wirtschaftspolitik unterscheidet: klassischen Liberalismus, Vergesellschaftung und Planung, Anregung der Nachfrage, Protektionismus, Merkantilismus: Gourevitch, *Politics in Hard Times*.

58 O'Rourke, »Why the EU Won«; Patel, »Provincializing«. Zur europäischen Zusammenarbeit vor den europäischen Gemeinschaften: Thiemeyer/Tölle, »Supranationalität im 19. Jahrhundert?«.

59 Zur »Europäisierung« siehe: Exadaktylos/Radaelli, »Europeanisation«.

Europäischen Gemeinschaften multinationale Konzerne wirksamer im Zaum halten konnten als die UNO, die ILO oder die OECD (Kapitel 4). Erklärt wird auch die Fokussierung auf das Programm eines gemeinsamen Binnenmarkts Mitte der 1980er Jahre (Kapitel 3) und die spätere Stärkung der Eurozone (Kapitel 8 und 9) nach dem Scheitern nationaler und internationaler Alternativen. Umgekehrt werden auch Fehlschläge (wie bei der Energie und der Verteidigung) berücksichtigt, vor allem insofern sie das Risiko eines Zerbrechens der EU in sich bargen (während der Eurokrise).

Zweitens trägt das Buch durch Verbindung nationaler, supranationaler und transnationaler Ansätze dazu bei, die tatsächlichen Prozesse der europäischen Integration besser zu begreifen.⁶⁰ Einbezogen wird sowohl die Sichtweise, derzufolge Nationalstaaten die zentralen Akteure seien,⁶¹ als auch die Sichtweise, nach der transnationale und supranationale Akteure (wie die Kommission, der Gerichtshof und das Parlament) zu betonen seien.⁶² Ich werde argumentieren, dass die Kräfteverhältnisse innerhalb europäischer Institutionen variieren, da sie von rechtlichen Bedingungen (die sich je nach Ort und Zeit unterscheiden), administrativen Mitteln, Kontext und dem Charakter der Führungspersonen abhängen. Kommissar:innen wie Etienne Davignon aus Belgien, Jacques Delors aus Frankreich oder Margarethe Vestager aus Dänemark hatten aufgrund ihrer größeren Durchsetzungsfähigkeit und Effizienz größeren Einfluss als ihre Vorgänger:innen. Dasselbe gilt natürlich auch für die Führung von Nationalstaaten, aber was auf der nationalen Ebene wohlbekannt ist, ist eben auch auf der europäischen geltend zu machen.

Drittens gilt die Europäische Union in der Sozialwissenschaft weithin als neoliberales Ungetüm,⁶³ während in diesem Buch zwar die neoliberale

60 Zum politischen System Europas siehe Kapitel 2. Dieses Buch stützt sich auf eine Reihe neuerer inspirierender Monografien, die einige der hier behandelten Themen abdecken: Ballor, *Enterprise and Integration*; Ludlow, *The European Community*; Patel, *Projekt Europa*; Murlon-Druol, *Federal Anathema*.

61 Siehe Kapitel 2. Moravcsik, *The Choice for Europe*; Middelaar, *The Passage to Europe*; Bickerton/Hodson/Puetter (Hg.), *The New Intergovernmentalism*; Rosato, *Europe United*; Krotz/Schild, *Shaping Europe*.

62 Siehe oben. Zu transnationalen Netzwerken: Kaiser/Leucht/Rasmussen (Hg.), *The History of the European Union*; für eine detaillierte Geschichte der Europäischen Kommission siehe die drei von der Europäischen Kommission herausgegebenen Bände *Die Europäische Kommission (1958–1972, 1973–1986 und 1986–2000)*; zu supranationalen Institutionen siehe oben.

63 Um nur einige zu nennen: Anderson, *Ever Closer Union*; Cafruny/Ryner (Hg.), *A Ruined Fortress?*; Gillingham, *European Integration*; Plehwe/Walpen/Neunhöffer (Hg.),

len Tendenzen der europäischen Integration in bestimmten Bereichen anerkannt werden – und beispielsweise der oft unterschätzten Bedeutung der Wettbewerbspolitik für die Neoliberalisierung Europas nachgegangen wird (Kapitel 8) –, aber auch die Vielfalt des europäischen Kapitalismus aufgezeigt wird.⁶⁴ Zu diesem Zweck wird die Globalgeschichte neoliberaler Ideen mit der tatsächlichen europäischen Politik ins Verhältnis gesetzt.⁶⁵ Neoliberale Märkte sind nicht gleichzusetzen mit denen unter einer moderaten Form von Freiheitskapitalismus.

Dieses Buch zeichnet ein nuancierteres Bild als das des binären Gegensatzes zwischen neoliberalen Unternehmen und marktfeindlichen sozialen und ökologischen Akteuren und zeigt so ein komplexes Wechselspiel nicht-staatlicher Akteure bei der europäischen Integration. Im letzten Jahrzehnt war ein wichtiger Aufschwung historischer Untersuchungen mit Fokus auf nichtstaatliche Akteure in der europäischen Integration zu beobachten, und das trotz der zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen Wissenschaftler:innen zu kämpfen haben, wenn sie Zugang zu Unternehmensakten erhalten wollen.⁶⁶ Dieses Buch liefert konkrete Beispiele für Eingriffe von Unternehmen in die europäische Integration, sei es durch die Verteidigung von Kartellbildung, durch Eintreten für ihnen vorteilhafte Gesetzgebung oder durch Förderung von Bedenken gegen europäische Industriepolitik.⁶⁷ Akteure aus der Geschäftswelt zogen nicht immer am selben Strang, insbesondere bezüglich Umweltschutzbestimmungen, die teure Einschränkungen für die einen und Geschäftsmöglichkeiten für die anderen bedeuten konnten. Im Gesamten betrachtet werde ich die Vielfalt der Unternehmerschaft betonen. Dabei folge ich der wegweisenden Studie Bastian van Apeldoorns, der zwischen »neomerkantilistischen« und »neoliberalen« Wirtschaftsführer:innen unterscheidet.⁶⁸ In ähnlicher Weise zeigt das Buch auch anhand von Beispielen, dass die Mobilisierung nichtstaatlicher sozialer und ökologischer

Neoliberal Hegemony; Schulz-Forberg/Strath, *The Political History of European Integration*; Streeck, *Gekaufte Zeit*. Siehe auch Fritz Scharpfs Argument, das in Kapitel 2 diskutiert wird.

64 Um diese Debatte in Zusammenhang zu setzen, siehe: Di Donato, »The European Social Democrats«.

65 Mudge, »What is Neoliberalism?«; Slobodian, *Globalisten*.

66 Beispiele für englischsprachige archivbasierte Forschung zur Wirtschaft sind: Ballor, *Enterprise and Integration*; Bussière/Dumoulin/Schirmann, »The Development of Economic Integration«; Fickers/Griset, *Communicating Europe*; Wolfram/Schot, *Writing the Rules for Europe*.

67 Rollings/Warlouzet (Hg.), »Business History and European Integration«.

68 Apeldoorn, *Transnational Capitalism*. Zu neuerer Forschung siehe: Bürbaumer, »TNC Competitiveness in the Formation of the Single Market«.

Akteure wie Gewerkschaften und NGOs aufgrund praktischer (Ressourcenmangel) und ideologischer Gründe (starke interne Spaltungen, siehe Kapitel 4) eine Herausforderung darstellt.⁶⁹

Überblick

Dieses Buch zeichnet die Entwicklung der Trias von Freiheits-, Solidaritäts- und Gemeinschaftskapitalismus in Europa zwischen 1945 und 2025 nach. Der erste von drei Abschnitten legt die Grundlagen: Die Trias der Governance des Kapitalismus wird dargestellt (Kapitel 1) und die Besonderheit der europäischen Institutionen untersucht (Kapitel 2).

Der zweite Abschnitt konzentriert sich auf die Periode des Kalten Kriegs (1948–1992), in der die Herstellung eines auf Freiheitskapitalismus basierenden gemeinsamen Markts von zentraler Bedeutung war (Kapitel 3). Hier wird deutlich unterschieden zwischen der Dynamik einer bewusst die Marktentwicklung begleitenden Sozialpolitik – augenfällig in Bereichen wie regionale Solidarität, Gleichstellung der Geschlechter und Umweltschutz – und dem Scheitern von disruptiven Projekten wie der Harmonisierung der Sozialgesetzgebung, Planung und der Demokratisierung von Unternehmen (Kapitel 4). Gemeinschaftskapitalismus hatte ebenfalls Auswirkungen auf die europäische Integration: intern durch verschiedene gescheiterte Versuche, eine europäische Industrie- und Verteidigungspolitik zu etablieren (Kapitel 5), und extern durch Anstoßen der Bereitschaft, eine Alternative zum neoliberalen Globalisierungsprozess zu befördern (Kapitel 6). Nach den ökonomischen Krisen der 1970er Jahre zeigte sich die Rückkehr des Marktes in neoliberalen Tendenzen, die allerdings nicht hegemonial waren, insbesondere bei der Gründung einer Währungsunion (Kapitel 7).

Ein letzter Abschnitt befasst sich mit den Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte. Auch hier wird unterschieden zwischen erstens liberalen und neoliberalen Trends bei der Währungs-, Handels- und Wettbewerbspolitik (Kapitel 8); zweitens Versuchen zu einer sozialeren und umweltfreundlicheren Regulierung der Globalisierung (Kapitel 9); und der jüngsten Herausforderung (seit 2016), in einer protektionistischer und nationalistischer gewordenen Welt ein »Europa als Macht« zu schaffen (Kapitel 10).

69 Siehe Kapitel 4 und 9. Allgemeiner zum sozialen Europa siehe: Kaelble/Wieters, »Die soziale Dimension«.

Das Fazit schlägt eine neue vierphasige Chronologie des europäischen Nachkriegskapitalismus vor. Die für Veränderung der europäischen Governance des Kapitalismus notwendigen Bedingungen werden ausgeführt. Schließlich werden die ehemals und heute zugänglichen Alternativen aufgezeigt.

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1 Die Trias der Governance des Kapitalismus	33
2 Die Europäische Union als politischer Hybrid	63
3 Im Kern ein regulierter Markt	85
4 Solidarität: Ein europäischer Sozialstaat als soziale Flanke des Binnenmarkts	131
5 Das Scheitern eines »Europa als Macht« im militärischen und industriellen Sinne (1945 – 1992)	167
6 Europäische Bemühungen um Alternativen zur neoliberalen Globalisierung (1970 – 1992)	207
7 Gemeinsame Währung und neoliberale Wende? (1970 – 1992)	247
8 Die Europäische Union unter dem »Hochneoliberalismus« (1992 – 2015)	279
9 Ausgeweitete und umkämpfte Sozial- und Umweltpolitik	327
10 Das Wiedererstarken des Gemeinschaftsansatzes und die Herausforderung eines »Europa als Macht«	377
Fazit: Chronologie, Alternativen und aktuelle Herausforderungen	427

Tabellen und Abbildungen	455
Glossar	456
Abkürzungen in den Fußnoten	457
Primärquellen (Archive und Interviews)	458
Literaturverzeichnis	460
Dank	509

Zum Autor

Laurent Warlouzet ist Professor für Europäische Geschichte an der Sorbonne Universität, Paris.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de
verlag@hamburger-edition.de

© der deutschen Ausgabe 2026 by Hamburger Edition
© der Originalausgabe 2022 by CNRS Éditions, Paris
First published by CNRS Éditions, Paris
Titel der Originalausgabe: »L'Europe contre Europe. Entre liberté,
solidarité et puissance«

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin
Satz aus Alegreya Serif und Sans durch Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg
Printed in Germany
ISBN 978-3-98722-007-4
1. Auflage September 2026